

Auch Biosprit kann Klima gefährden

Washington. Die Produktion von Biosprit kann unter Umständen den Ausstoß von Klimagasen erhöhen. Das geht aus drei Studien in den Wissenschaftszeit-schriften „Science“ und „Atmospheric Chemistry and Physics“ hervor. Problematisch ist vor allem, wenn für den Anbau der Nutzpflanzen Regenwald (dpa-Foto) gerodet wird. „Wenn man die globale Erwärmung bremsen möchte, macht das schlicht keinen Sinn“, erklärt Joe Fargione, einer der Autoren. Wenn zum Beispiel wie in Indonesien Regenwald für den Anbau von Palmöl brandgerodet werde, entstehe 400 Mal mehr CO₂, als pro Jahr durch den gewonnenen Biosprit eingespart werde.

Nach Angaben des Nobelpreisträgers Paul Crutzen vom Mainzer Max-Planck-Institut für Chemie setzt der benötigte Pflanzendünger drei- bis fünfmal mehr Lachgas frei als der Weltklimarat bislang angenommen hat. Lachgas erwärmt die Atmosphäre 300 Mal so stark wie Kohlendioxid.

Biodiesel aus Raps sei schon aus diesem Grund bis zu 1,7-mal klimaschädlicher als normaler Treibstoff, Bioethanol aus Mais bis zu 1,5-mal. 80 Prozent des weltweiten Biodiesels werde aus Raps produziert. Nur Zuckerröhre kommt günstiger weg, da es wenig gedüngt wird.

„Ich bin nicht generell gegen Biosprit, sondern nur dagegen, wie er momentan angewendet wird“, sagt Crutzen. Er fordert eine umfassende, kritische Treibhaus-Bilanz für Kraftstoffe. Bessere Werte haben sogenannte Biokraftstoffe der zweiten Generation, für die alle Pflanzenteile, also auch Holzabfälle verwendet werden können.



Wollte er Unschuldige retten?

Mutmaßlicher Kofferbomber sagt erstmals aus – Er will Terroranschläge bewusst sabotiert haben

Düsseldorf. (dpa/lrs) Der in Düsseldorf angeklagte mutmaßliche Kofferbomber von Köln will die Terroranschläge auf zwei Regionalzüge bewusst sabotiert haben. „Ich bin froh, im letzten Moment verhindert zu haben, dass Unschuldige gestorben sind“, sagte der 23-jährige Libanese Youssef El H. am Donnerstag vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht aus. Er habe zwar die Sprengsätze maßgeblich gebaut und auch eine der Bomben in einem Zug deponiert, sei aber wegen massiver Zweifel davon abgerückt, unschuldige Zivilisten töten zu wollen.

Die beiden Libanesen Jihad H. und Youssef El H. sollen im Juli 2006 in zwei Regionalzügen nach Hamm und Koblenz in Koffern versteckte Bomben deponiert haben, die wegen eines technischen Fehlers nicht explodiert waren. „Ich war mir 100-prozentig sicher, dass das, was wir da gemacht haben, nicht explodieren kann – ohne Sauerstoff in der Gasflasche“, so Youssef El H.

In seinen ausführlichen Schilderungen in arabischer Sprache beschuldigte El H. seinen bereits in Beirut inhaftierten Komplizen, ihn zu dem Anschlag angestiftet zu haben. „Wir haben die Pflicht, Zivilisten zu töten, wenn der Prophet belei-



Er sei sicher gewesen, dass seine Bomben nicht funktionierten, sagte der angeklagte Libanese Youssef El H. vor Gericht aus. Foto: AP

dig wird“, habe Jihad H. ihm gesagt. Er habe ihm dies mit Koranversen belegen wollen. „Ich konnte ihm nicht widersprechen, aber mein Herz fühlte sich nicht wohl bei dieser Sache“, betonte der 23-Jährige. „Ich glaubte an den Dschihad und war gegen die US-Präsenz im Irak, war aber gegen Gewalt gegenüber Zivilisten.“ Schließlich habe er dem intensiven Drängen Jihad H.s nachgegeben und grundsätzlich zugestimmt, die Anschläge zu begehen. Seine Zweifel seien aber wieder stärker geworden.

Als Jihad H. dann betende Muslime in einer Kölner Moschee als Ungläubige beschimpft habe, habe dies das Vertrauen zu ihm zerrüttet. „Ich habe mir gedacht, der weiß gar nicht, was er da macht.“ Als im Krieg im Libanon einer seiner Brüder getötet wurde, sei er „mit den Nerven völlig fertig gewesen“ und habe dies als „Strafe Gottes“ für seinen Plan empfunden. Jihad H. habe ihn zwar gedrängt, die Bomben fertig zu bauen, er sei damals aber bereits innerlich entschlossen gewesen, den dritten Teil des Bombenplans, die Bildung eines explosiven chemischen Gemischs, nicht mehr umzusetzen.

Sein Komplize habe dies anscheinend gar nicht bemerkt, weil er sich beim Bombenbau auf ihn verlassen habe, sagte Youssef El H. Außerdem hätten sie die aus dem Internet heruntergeladene Bauanleitung für die Bombe bereits wieder gelöscht gehabt. Nur er habe den Plan auswendig gelernt.

Youssef El H., der sich seit Dezember 2007 in Düsseldorf vor Gericht verantworten muss, war in Beirut in Abwesenheit wegen versuchten vielfachen Mordes schuldig gesprochen und zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt worden. Der zu zwölf Jahren Haft verurteilte Jihad H. hatte wiederum ihn beizichtigt, Drahtzieher und Hauptverantwortlicher der Anschlagversuche gewesen zu sein. Nachdem Jihad H. zunächst zweimal die Absicht gestanden hatte, möglichst viele Menschen zu töten, hatte er im Prozess in Beirut gesagt, sie hätten in letzter Minute die Zünddrähte vertauscht, damit die Bomben nicht explodieren.

Sponsoren setzen Unicef unter Druck

Frankfurt/Main. (AP) Dem Kinderhilfswerk Unicef droht mittlerweile auch der Absprung von Großsponsoren. So erwägt das Unternehmen Payback einen Rückzug, falls Unicef keine personellen Konsequenzen aus den Vorwürfen über die Verschwendung von Spenden zieht. Der Hamburger Reeder Peter Krämer forderte eine glaubhafte Entschuldigung der Unicef-Führung. Dagegen will der Konzern Procter & Gamble weiter mit der Organisation zusammenarbeiten.

In der kommenden Woche will ein hochrangiger Vertreter vom New Yorker Hauptsitz des UN-Kinderhilfswerks nach Deutschland reisen und sich ausführlich mit den Vorwürfen befassen, so ein Unicef-Sprecher am Donnerstag. Es sei jetzt wichtig, eine neue Vertrauensbasis herzustellen.

Hillarys Wahlkampf lief erst mal auf Pump

Washington. (dpa) Die demokratische Präsidentschaftsbewerberin Hillary Clinton hat sich selbst umgerechnet 3,4 Millionen Euro geliehen, um genug Geld für den Vorwahlkampf zu haben. Wie Clinton einräumte, pumpte sie die fünf Millionen Dollar im vergangenen Monat aus privaten Mitteln in den Wahlkampf. Zuvor war bekanntgeworden, dass ihr innerparteilicher Rivale Barack Obama im Januar weitaus mehr Spenden eingenommen hat als Clinton: Er kam auf 32 Millionen Dollar, sie nur auf 13 Millionen.

Obama flossen nach Angaben aus seinem Wahlkampfleiter nach dem „Super-Dienstag“ innerhalb von 24 Stunden weitere 3,2 Millionen Dollar zu. Aber auch der Umgebung Clintons verlautete, der Spendenstrom sei praktisch über Nacht angeschwollen.

Einwanderungsgesetze erhizen die spanischen Gemüter

Chef der Volkspartei will ausländische Langzeitarbeitslose ausweisen – Landesbräuche sollen respektiert werden – Integration als Pflicht?

Von Hubert Kahl

Madrid. Müssen Ausländer in Spanien künftig Stierkämpfe besuchen oder Flamenco tanzen, wenn sie das Bleiberecht bekommen wollen? Mit Fragen wie diesen reagierten Spötter auf Pläne der spanischen Konservativen, die die Ausländergesetze drastisch verschärfen wollen. Die Volkspartei (PP) will im Fall eines Siegs bei der Parlamentswahl am 9. März Zuwanderer aus Nicht-EU-Staaten dazu verpflichten, die spanische Sprache zu lernen und sich in die Gesellschaft des Landes einzugliedern.

Der PP-Parteichef Mariano Rajoy will, sollte er nach der Wahl spanischer Ministerpräsident werden, straffällig gewordene Ausländer „sofort“ aus Spanien ausweisen lassen. Auch Zuwanderer, die längere Zeit ohne Arbeit sind, sollen in ihre Heimatländer zurückkehren. Zudem

will Rajoy von Zuwanderern die Unterzeichnung eines „Integrationsvertrags“ verlangen. Darin sollen Ausländer sich dazu verpflichten, in Spanien ihre Steuern zu zahlen und die „Bräuche des Landes zu respektieren“.

Mit „Bräuchen“ meine er zum Beispiel die Gleichberechtigung von Mann und Frau oder das Verbot der Beschneidung weiblicher Geschlechtsorgane, erläuterte der konservative Parteiführer. Die Zeitung „El País“ erfuhr aus PP-Kreisen noch andere Beispiele von „spanischen Bräuchen“, die Zuwanderer zu befolgen hätten: Dazu gehörten Hygiene und Sauberkeit.

Die PP-Pläne lösten in Spanien eine heftige Debatte über die Ausländerpolitik aus. Innenminister Alfredo Rubalcaba erklärte am Donnerstag, der Vorstoß

grenze an Fremdenfeindlichkeit. Außerdem sei der Vorschlag bedeutungslos, da sich Einwanderer ohnehin an die Gesetze halten müssten und Rechte genießen. „Wer Immigranten als eine Bedrohung sieht, sät Misstrauen und bereitet den Nährboden für Rassismus und Ausländerfeindlichkeit“, meinte auch die stellvertretende Regierungschefin María Teresa Fernández de la Vega.

Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero bezeichnete die PP-Pläne als „total überflüssig“. Unter seiner sozialistischen Regierung seien 330 000 illegale Immigranten aus Spanien ausgewiesen worden, 50 Prozent mehr als unter der vorigen PP-Regierung, der Rajoy unter anderem als Innenminister angehört hatte.

Kamal Rahmouni, Präsident eines marokkanischen Gastarbeiterverbandes, er-

klärte: „Die Integration lässt sich nicht mit Dekreten oder Verträgen erzwingen.“ Nicht einmal die mit der PP sympathisierende Zeitung „El Mundo“ konnte sich mit den Plänen anfreunden: „Der PP-Chef hätte klarstellen müssen, was er mit den Bräuchen meint, die die Ausländer in Spanien respektieren sollen. Stierkampf oder Fußball gehören sicher nicht dazu.“

Der Vorstoß der PP wenige Wochen vor der Wahl, bei der ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Sozialisten und Konservativen erwartet wird, zielt offenbar auf Stimmengewinne am rechten Rand des politischen Spektrums. In Spanien leben rund fünf Millionen Ausländer, mehr als doppelt so viel wie vor vier Jahren. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung beträgt elf Prozent. Fremdenfeindlichkeit hielt sich bisher in Grenzen, weil die Wirtschaft boomte und Arbeitskräfte benötigte. Dies könnte sich aber bald ändern.

Kritiker warnen vor Rassismus

Krippenausbau liegt auf Eis

Streit übers Betreuungsgeld

Berlin. (AP) Wegen eines neuen Streits in der Koalition kommt das Gesetzgebungsverfahren zum milliardenschweren Ausbau der Kleinkinderbetreuung nicht vom Fleck. Knackpunkt ist der seit Monaten schwelende Streit darüber, ob und wie das Betreuungsgeld für die häusliche Erziehung im Gesetzentwurf ausdrücklich erwähnt werden soll.

Die SPD äußerte am Donnerstag Vorbehalte gegenüber der Erwähnung, die sich in dem Entwurf Ursula von der Leyens (CDU) findet. CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla warf den Sozialdemokraten daraufhin Blockadehaltung vor.

Der Sprecher von Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) sagte, die Initiative liege nun bei Ministerin von der Leyen, die auf die Änderungswünsche des Finanz- und Arbeitsministeriums reagieren müsse. „Das Vorhaben liegt auf Eis“, so die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Christel Humme.

Brisant ist die Blockade vor allem mit Blick auf die Finanzierung des Krippenausbaus. In einem vorgezogenen Gesetz hatte der Bundestag Ende 2007 2,1 Milliarden bewilligt, die der Bund den Kommunen dafür zur Verfügung stellt. Eine Klausel hielt jedoch fest, dass bis Ende 2008 das eigentliche Gesetz die Finanzierungsfrage regeln müsse.

Zwei Professoren streiten um die Prager Burg

Ein Exil-Tscheche tritt zur Präsidentenwahl gegen den kauzigen Amtsinhaber Vaclav Klaus an

Von Jakob Lemke und Sophie Pons

Prag. Die Abgeordneten des tschechischen Parlaments haben eine denkwürdige Wahl zu treffen: Für das Amt des Staatspräsidenten kandidieren der eigenwillige Amtsinhaber und ein Exilant mit tschechisch-amerikanischem Doppelpass, der die Landessprache nur mit Akzent spricht. Beide haben Wirtschaft studiert und tragen Professorentitel.

Der eine, Jan Svejnar (55), floh 1970 vor den Kommunisten in die USA, studierte dort und lehrte bis zuletzt in Michigan. Dagegen hat Vaclav Klaus die Zügel der tschechischen Politik seit Jahren in der Hand: Er war schon Regierungschef, Präsident des Abgeordnetenhauses und seit 2003 Staatschef.

Ginge es nach dem Volk, hätte Svejnar die besseren Karten. Doch in Prag entscheiden die beiden Parlamenten über das Staatsoberhaupt. Das Votum gerät dadurch üblicherweise zu einer Frage der Parteienpolitik.

Im Wahlkampf waren Sachargumente Mangelware. Svejnar sei nur „zur Unterhaltung hierhergekommen“, sagt Innenminister Ivan Langer. Andere Kritiker monieren, dass Svejnar die Lan-

dessprache nicht beherrsche. Im Gegenzug machte sich der Grünen-Vorsitzende Martin Bursik über Klaus lustig: „Wir haben von ihm gelernt, dass der Schutz des Klimas ein tragischer Fehler ist.“

Tatsächlich profilierte sich Klaus außenpolitisch während seiner ersten Amts-

deren Hilfe seine Erfolgsaussichten gleich null sind.

„Bei den Stimmverhältnissen im Parlament und dem Wahlmodus werden weniger demokratische Prozesse in Gang gesetzt, vielmehr wird eine Art orientalischer Basar gestartet“, kommentiert das

Wochenblatt „Prager Zeitung“. „Merkwürdige Dinge geschehen: Beide tun fast alles, um die Stimmen der Kommunisten zu gewinnen“, schreibt die Zeitung „Pravo“. Medien in Prag sagen unter Berufung auf eigene Umfragen einen Achtungserfolg für Svejnar, den Sieg aber für Klaus voraus.

Klaus kann sich auf die 122 Stimmen der von ihm mitgegründeten konservativen Bürgerpartei (ODS) verlassen. Das reicht vielleicht nicht für den Sieg im ersten Wahlgang: Dazu braucht er eine absolute Mehrheit in beiden Kammern – 101 von 200 Abgeordneten und 41 von 81 Senatorenstimmen. Im zweiten genügt die einfache Mehrheit. Zu einem dritten Wahlgang (absolute Mehrheit in beiden Kammern zusammen) könnte es schon nicht mehr kommen.



Wirtschaftsprofessoren unter sich: Tschechiens Staatspräsident Vaclav Klaus (l.) und sein Herausforderer Jan Svejnar. Foto: dpa

zeit zunächst als EU-Skeptiker, jetzt hat er den Klimawandel als internationales Thema entdeckt und warnt vor einer „Öko-Diktatur“. Svejnar hingegen fordert, den Euro so schnell wie möglich einzuführen und im Umweltschutz global zu denken und zu handeln. Innenpolitisch umwirbt Svejnar die Kommunisten, ohne

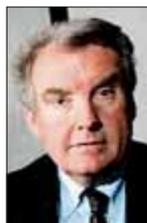
NACHRICHTEN

Keine Wahlbeobachter in Russland

Wegen zu vieler Auflagen hat die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) die Entsendung von Beobachtern zur Präsidentschaftswahl in Russland abgesagt. Die Einschränkungen seien zu drastisch. Russland reagierte indes verärgert über die Absage der OSZE.

NPD-Funktionär festgenommen

Der Bundesschatzmeister der rechtsextremen NPD, Erwin Kemna, soll zwischen 2004 und 2007 mindestens 627 000 Euro aus der Parteikasse abgezweigt und veruntreut haben. Kemna wurde am Donnerstagmorgen im münsterländischen Ladbergen festgenommen. Kemna hat sich aber noch nicht zu den Vorwürfen geäußert.



Anglikaner-Oberhaupt für Scharia

Der Erzbischof von Canterbury hält die Einführung einiger Teile des islamischen Rechtssystems in Großbritannien für „unvermeidlich“. Man müsse einsehen, dass sich einige der Bürger nicht mit britischem Recht identifizieren. Muslime sollten beispielsweise bei Ehe- oder Finanzstreitfällen zwischen den Rechtssystemen wählen können.

Bundesbürger wollen Ypsilanti

Nach der Landtagswahl in Hessen ist laut dem aktuellen Deutschland-Trend die Hälfte der Bundesbürger dafür, dass die SPD-Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti die künftige Regierung in Hessen anführen sollte. 51 Prozent sind außerdem der Ansicht, dass SPD und Grüne generell auf rot-rot-grüne Koalitionen verzichten sollten.

Frankreich billigt EU-Reformvertrag

Die französische Nationalversammlung hat den Vertrag zur Reform der Europäischen Union mit großer Mehrheit angenommen. Auch bei der Abstimmung im Senat gilt ein positives Votum als sicher. Die oppositionellen Sozialisten waren am Mittwoch mit ihrem letzten Versuch gescheitert, eine neue Volksbefragung zu erzwingen.

Deutschland unterstützt Tschad

Deutschland stellt eine Million Euro für Opfer der Gewalt im Tschad zur Verfügung. Damit würden Hilfs- und Schutzmaßnahmen des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) für Binnenvertriebene unterstützt, teilte das Auswärtige Amt gestern mit.